

Fragen Dr. Eckelt an die Neubrandenburger Stadtwerke.

Gestatten Sie mir, zum Thema „Fernwärmeschock in NB“ folgende Fragen an Sie zu richten. Ich verzichte auf erläuternde Zusammenhänge, um der Bürgerfragestunde gerecht zu werden. Ich hinterlege diese Fragen mit Anlagen dazu beim Stadtpräsidenten zur Einsichtnahme.

1. Im Vergleich zur Veröffentlichung „Preismonitoring Fernwärme“ der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V., in der die Preise von 16 großen und 15 kleinen Netzen bis zum III. Quartal 2023 auf der Basis von Effektivpreisen ermittelt worden sind, sind die Preise der neu.sw für 2023 mit 35,42 Cent/kWh deutschlandweit die höchsten und ab 01.01.2024 mit 27,94 Cent/kWh vermutlich auch die höchsten. Ist Ihnen diese Situation bekannt?

Anlage 1: Berechnung des Effektivpreises (zu Preisstufe 1)

Anlage 2a + 2b: „Preismonitoring Fernwärme“ S. 3 + 9 mit Eintragungen (schwarz: Eff.-preis)

2. Die Auswertung der Fernwärmepreise durch die Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. dokumentiert die Bemühungen vieler Versorger, auf die Marktbewegungen mit einer quartalsweisen Anpassung der Preise zu reagieren.

Warum sind die Neubrandenburger Stadtwerke nicht in der Lage, die Bemühungen um die Versorgung der Bevölkerung ebenso quartalsweise nachzuweisen und umzusetzen?

Anmerkung:

Mit dem Schreiben der neu.sw vom 13.02.2024 wird erneut in Jahresscheiben gedacht und gehandelt, obwohl sich der Gasmarkt viel dynamischer entwickelt.

Die Beschaffungssystematik der Stadtwerke hat offenbar ein Anpassungsproblem an den aktuellen Gasmarkt, aktuell zum Vorteil der neu.sw - aber zum Nachteil für alle Kunden.

3. Wenn dann die Fernwärmepreise in Neubrandenburg die höchsten der Bundesrepublik in 2023 waren und 2024 offenbar auch wieder sein werden, können die Ursachen doch nur in folgenden Fragestellungen begründet liegen: liegen die Ursachen etwa in einem uneffektiven Herstellungsprozess und in zu hohen Netzverlusten, obgleich die Kraft-Wärme-Kopplung eine unbestritten ökonomische und ökologische Technologie darstellt? Die bisherigen Verlautbarungen der Stadtwerke klangen dazu immer anders.

Stellt die Preisentwicklung der Fernwärme in Neubrandenburg nicht die Herstellung von Strom und Fernwärme mittels Kraft-Wärme-Kopplung auf den Kopf, wenn bei diesem Prozess zuerst der Strom entsteht und die Fernwärme als technologische Abwärme aus der Stromproduktion anfällt?

Anmerkung: Hat man die Logik auf den Kopf gestellt, weil der Strommarkt sehr transparent ist und der Fernwärmepreis derzeit nur schlecht vergleichbar ist?

Ist es vorstellbar, dass die neu.sw ihre Markstellung zum Nachteil der Bürger und unter Ausnutzung der staatlichen Preisbremse missbraucht hat bzw. missbraucht? Stichwort: Je höher der Arbeitspreis über 9,5 Cent/kWh lag (bis 80%), umso höher war das Entlastungskontingent und der Entlastungsbetrag, den schließlich der Staat getragen hat? - Offenbar geht es in der Not nicht ohne staatliche Kontrolle!

Ist allen Verantwortlichen bewusst, dass sie sich mit ihrer Preispolitik buchstäblich gegen die Vorteile der Fernwärme stellen, die nach der Novellierung des GEG zu den bevorzugten Formen der Energiewende gehören sollte?

4. Zu den Verträgen der neu.sw mit der neuwoges und Neuwoba (Grundlage: Information im Nordkurier am 29.12.2023, 19.01.2024 und 03.02.2024):

Wie sind diese Sonderregelungen mit der Gleichbehandlung der Bürger vereinbar? Wenn die Zusatzbelastungen für beide Unternehmen und damit deren Mieter von 14 auf 7 Millionen Euro innerhalb von zwei Jahren reduziert werden, steht doch die Frage, wer trägt diese Reduzierung innerhalb der Bilanz der neu.sw?

Anmerkung: Bei einem Kostenausgleich wäre der Begriff „Reduzierung“ wohl falsch.

4 c) Wenn die Verträge unschädlich für die „restlichen Immobilienbesitzer“ der Stadt wären, aber trotzdem große Vorteile hätten, warum gibt es diese Regelungen nicht auch für diese Einwohner? Warum erfolgte bislang keine verständliche Information?

Fazit: Die Preispolitik der neu.sw gehört dringend auf den Prüfstand. Aktuelle Monatsabschläge von ca. 750 € bis 850 € sind unakzeptabel und gegen Familien, Rentner, Rückkehrer sowie allgemein gegen den Mittelstand gerichtet. Bedenken Sie, dass Sie den gleichen Personenkreis mit der Erhöhung der Grundsteuern per 01.01.2025 „im Visier“ haben. Ich bitte Sie, Krisen nicht als Ursache dieser Lage anzuführen - die meisten Städte verhindern trotz alledem derartige Belastungen für ihre Bürger!